

Fragen

**für die Fragestunde der 236. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 24. April 2013**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 42	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	78, 79
Becker, Dirk (SPD)	11, 12	Klingbeil, Lars (SPD)	45, 46
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 68	Koczy, Ute (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 30
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	86, 87	Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 36
Bollmann, Gerd (SPD)	17, 18	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 16
Dr. Bunge, Martina (DIE LINKE.)	74, 75	Kramme, Anette (SPD)	63, 64
Cramon-Taubadel, Viola von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	37, 56	Dr. Lindner, Tobias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	55
Evers-Meyer, Karin (SPD)	69, 70	Lühmann, Kirsten (SPD)	53, 54
Gerdes, Michael (SPD)	21, 22	Dr. Miersch, Matthias (SPD)	13, 14
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	39, 40	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	32, 33
Hagemann, Klaus (SPD)	26, 27	Dr. Ott, Hermann E. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 10
Hartmann, Michael (Wackernheim) (SPD) ..	51, 52	Reichenbach, Gerold (SPD)	49, 50
Dr. Hendricks, Barbara (SPD)	8	Röspel, René (SPD)	19, 20
Herlitzius, Bettina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	82, 83	Dr. Rossmann, Ernst Dieter (SPD)	72, 73
Herzog, Gustav (SPD)	84, 85	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57, 58
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	59, 60	Scharfenberg, Elisabeth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	76, 77
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43, 44	Schwabe, Frank (SPD)	7, 31
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	29	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	80, 81
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	66, 67		
Kaczmarek, Oliver (SPD)	23, 24		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Steiner, Dorothea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1	Vogt, Ute (SPD)	3, 4
Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 71	Wagner, Arfst (Schleswig) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 65
Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	61, 62	Zypries, Brigitte (SPD)	47, 48

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	10
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	11
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	23

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordnete
Dorothea Steiner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus, dass im Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen Laserdruckgeräte in Polizei- und Justizbehörden gegen emissionsärmere Geräte auf Tintenstrahlbasis ausgetauscht werden und daraus, dass seitens der Hersteller bis heute kein „Blauer Engel“ nach dem neuen, ergänzten Prüfverfahren (Grenzwert der RAL-UZ 171) beantragt wurde?

2. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Mit welchen Ergebnissen ist das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben „Schutz von Buchenwäldern in einem System von Prozessschutzgebieten“ (Förderkennzeichen 3508 82 1300), bei dem es um die Erfassung aller über 100 Hektar großen Buchenwaldgebiete in Deutschland geht, abgeschlossen worden, und wann ist die Veröffentlichung des Endberichts, der bereits 2011 vorliegen sollte, vorgesehen?

3. Abgeordnete
Ute Vogt
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung das Eckpunktepapier der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz (LAI), wonach Überschreitungen von Immissionsgrenzwerten in Gebieten möglich sein sollen, für die nachgewiesen ist, dass eine Grenzwerteinhaltung nur mit unverhältnismäßigen Maßnahmen zu erreichen ist, und wird sie diese Eckpunkte zur Grundlage der deutschen Position in den anstehenden Verhandlungen zur Überarbeitung der Luftqualitätsrichtlinie auf EU-Ebene machen?

4. Abgeordnete
Ute Vogt
(SPD) Sieht die Bundesregierung die Gefahr, dass mit einem solchen Grundsatz der verbindliche Normcharakter von Grenzwerten – auch EU-weit – verloren ginge?

5. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie sieht der weitere Zeitplan der Bundesregierung zur Schaffung eines gesetzlichen Rahmens bei der Förderung von unkonventionellem Erdgas (Fracking) aus, und weshalb (bitte konkrete Gründe benennen) kam es bisher trotz anderweitiger Ankündigungen zu keiner Einigung innerhalb der Bundesregierung?

6. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung Initiativen auf europäischer Ebene z. B. im Rahmen der derzeit laufenden „ILUC-Reform“ (ILUC = indirekte Landnutzungsänderung) unterstützen, die eine Streichung oder Veränderung des prioritären Netzzugangs für Strom aus erneuerbaren Energien in der europäischen Richtlinie zur Förderung erneuerbarer Energien (2009/28/EG) zum Ziel haben?
7. Abgeordneter
**Frank
Schwabe**
(SPD)
- Können nach Ansicht der Bundesregierung Unternehmen nach derzeit geltendem Recht in Deutschland Bohrungen unter Einsatz der Fracking-Technologie durchführen, bei der sie umwelttoxische oder gesundheitsgefährdende Chemikalien einsetzen?*
8. Abgeordnete
**Dr. Barbara
Hendricks**
(SPD)
- Welche Auswirkungen wird nach Einschätzung der Bundesregierung der Einnahmeverlust auf den Klimaschutzfonds der KfW Bankengruppe haben, nachdem das EU-Parlament mit Mehrheit eine Reform zur Stabilisierung des Emissionshandels abgelehnt hat, die den Preisverfall der Kohlendioxidzertifikate stoppen sollte, und welche Auswirkungen hat das auf die Entwicklungszusammenarbeit?
9. Abgeordneter
**Dr. Hermann E.
Ott**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse und konkreten Zahlen liegen der Bundesregierung zu dem Ausmaß von für 2013 und 2014 geplante oder schon durchgeführte Stellenstreichungen in Deutschland im Bereich der erneuerbaren Energien vor (bitte Gesamtsumme und aufgeschlüsselt in Sparten angeben), und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung für die Durchführung und ggf. Beschleunigung der Energiewende angesichts der Berichterstattung zur geplanten Stellenkürzung bei namhaften Unternehmen, deren Werke bis zur Hälfte der Stellen abbauen wollen und dies mit der kriselnden Windenergiesparte begründen?
10. Abgeordneter
**Dr. Hermann E.
Ott**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der aktuelle Stand des geplanten „Club der Energiewendestaaten“, dessen Gründung nun im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages für Anfang Juni dieses Jahres angekündigt wurde, und inwieweit sehen die aktuellen Planungen die Schaffung eines Mehrwerts der geplanten Allianz im Vergleich zu bestehenden Institutionen und Initiativen vor?

* Siehe hierzu auch Frage 31.

-
11. Abgeordneter
**Dirk
Becker**
(SPD)
- Welche Maßnahmen bezüglich der Umlageberechnung ergreift oder schlägt die Bundesregierung vor, um das von Bundesminister Peter Altmaier folgerichtig analysierte Problem der steigenden Differenzkosten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) infolge sinkender Börsenpreise zu lösen?
12. Abgeordneter
**Dirk
Becker**
(SPD)
- Was tut die Bundesregierung dagegen, dass von den sinkenden Strompreisen an der Börse aufgrund des Ausbaus der erneuerbaren Energien nur die Stromhändler und großen Abnehmer, aber nicht die Privathaushalte profitieren, die Privathaushalte aber die EEG-Umlage bezahlen müssen, während die Profiteure der Börsenpreisentwicklung von der Umlage befreit werden?
13. Abgeordneter
**Dr. Matthias
Miersch**
(SPD)
- Wie beurteilt der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Peter Altmaier, die mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP im 1. Untersuchungsausschuss der 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages getroffene Feststellung, nach der der Entscheidungsprozess für die Auswahl des Standortes Gorleben „geradezu beispielhaft und fortschrittlich war“ vor dem Hintergrund, dass Peter Altmaier nun bewusst auf ein völlig anderes Verfahren setzt?
14. Abgeordneter
**Dr. Matthias
Miersch**
(SPD)
- Teilt der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Peter Altmaier, die Einschätzung, dass bei der Einbeziehung der Öffentlichkeit in Gorleben geradezu „Pionierarbeit“ geleistet wurde, wie sie von Koalitionspolitikern vertreten wird (Süddeutsche Zeitung vom 18. April 2013), und wenn nein, wie möchte Peter Altmaier die Unterstützung der Koalitionsfraktionen für den von ihm vertretenen Plan zum Neustart der Endlager suche sichern?
15. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche unveröffentlichten Berichte und Stellungnahmen, in denen es um finanzielle Aspekte – insbesondere Finanzbedarfs- und Mittelverwendungsfragen – im Zusammenhang mit Arbeiten am havarierten Atomkraftwerk Tschernobyl und an zugehörigen Anlagenkomplexen wie z. B. einem Brennelementelager geht, hat die Bundesregierung in dieser Wahlperiode erhalten, und von wem stammen sie (bitte jeweils mit Angabe des Berichtsdatums)?

16. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was sind die konkreten Fragestellungen und inhaltlichen Auftragsvorgaben des OSPAR-Berichts zur Problematik von im Meer versenktem Atommüll, dessen Vorlage die Bundesregierung für 2014 erwartet (vgl. Plenarprotokoll 17/233, Antworten auf meine Mündlichen Fragen 50 und 51 in Verbindung mit der betreffenden Meldung auf der Webseite des SWR-Magazins „Report Mainz“ vom 19. April 2013), und insbesondere welche verschiedenen Bergungsmöglichkeiten/-verfahren für weitgehend intakte Atommüllfässer mit noch ganz oder teilweise vorhandenem radioaktivem Inventar werden im Rahmen der in der Antwort auf die o. g. Frage 51 erwähnten „Nutzen-Risiko-Abwägung“ betrachtet (bitte möglichst ausführliche Darlegung)?
17. Abgeordneter
**Gerd
Bollmann**
(SPD)
- Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung die zunehmende Meeresverschmutzung, insbesondere durch Plastikmüll, wie vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Peter Altmaier, anlässlich der Berliner Internationalen Konferenz zur Verhinderung von Meeresmüll in europäischen Meeren angekündigt, konkret bekämpfen?
18. Abgeordneter
**Gerd
Bollmann**
(SPD)
- Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung die leichte Austauschbarkeit von Batterien und Akkumulatoren für die Verbraucherinnen und Verbraucher garantieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

19. Abgeordneter
**René
Röspel**
(SPD)
- Könnte ein Anbieterwechsel und/oder eine Optimierung der Beschaffung die Stromkosten der außeruniversitären Forschungseinrichtungen nach Einschätzung der Bundesregierung signifikant zu einer Senkung der Ausgaben beitragen, und welche Hemmnisse stehen einem solchen Wechsel/einer solchen Optimierung entgegen?
20. Abgeordneter
**René
Röspel**
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse zum von Forschungsorganisationen genutzten Energiemix vor, und falls ja, welche?

21. Abgeordneter
Michael Gerdes
(SPD) Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung bezüglich der Entwicklung der Stromausgaben von Hochschulen sowie von in alleinige Länderzuständigkeit fallenden Forschungsinstituten/-einrichtungen vor?
22. Abgeordneter
Michael Gerdes
(SPD) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie sich die Stromkosten im Rahmen von Forschungsprojekten in anderen Ländern seit 2000 entwickelt haben (z. B. in den USA, in Russland, Frankreich, Großbritannien und Japan), und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus diesen Erkenntnissen für die Bewertung der Attraktivität des Forschungsstandortes Deutschland?
23. Abgeordneter
Oliver Kaczmarek
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass die jährlichen Mittelaufwüchse von 5 Prozent bis 2015 für die außeruniversitäre Forschung hinreichend sind, um die aktuellen Mehrkosten im Bereich Energieversorgung zu kompensieren, und falls nein, warum nicht?
24. Abgeordneter
Oliver Kaczmarek
(SPD) Welche Haltung vertritt die Bundesregierung zur Zukunft des Paktes für Forschung und Innovation über das Jahr 2015 hinaus, und welche prozentuale Aufwuchsperspektive wäre nach Einschätzung der Bundesregierung notwendig, um die außeruniversitäre Forschung im Angesicht wachsender Mittelbedarfe (z. B. für Energie und Personal) auch nach 2015 international wettbewerbsfähig zu halten?
25. Abgeordneter
Arfst Wagner
(Schleswig)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche konkreten Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die angestrebte Einheitlichkeit des Vollzugs der Anerkennungsgesetze von Bund und Ländern zu gewährleisten und die Länder hinsichtlich des Auf- und Ausbaus erforderlicher Verwaltungsstrukturen und Expertise zu entlasten, und welche konkreten Schritte werden eingeleitet, um die hierfür erforderliche Finanz- und Personalausstattung jetzt und in Zukunft zu gewährleisten?
26. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD) Welche einzelnen Vorhaben außerschulischer lokaler Bündnisse für Bildung in Rheinland-Pfalz (möglichst unter Angabe der Zahl der vorgesehenen Teilnehmerplätze, Projektbeschreibungen und Förderbeträge), die die Bundesregierung zwar aktuell über

die Plakataktion „Kultur macht stark“ öffentlich bewirbt, aber auf meine Schriftliche Frage 100 auf Bundestagsdrucksache 17/12764 noch nicht benennen konnte, werden über die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung ausgewählten Trägerorganisationen im Einzelnen in 2013 unterstützt, und wie hoch sind dafür bundesweit bisher jeweils die Anzahl und die Gesamthöhe der Bewilligungen, der Mittelabfluss sowie die Ausgaben für Programmmanagement und Projektträgerleistungen?

27. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD)

Wie erklärt die Bundesregierung, dass sie beim Vorhaben „r3 – Aufschluss, Trennung und Rückgewinnung von ressourcen-relevanten Metallen aus Rückständen thermischer Prozesse“ einem Zuwendungsempfänger, der nach den Antworten der Bundesregierung auf meine Schriftlichen Fragen 98 auf Bundestagsdrucksache 17/10925 sowie 81 auf Bundestagsdrucksache 17/11490 ohne vorherige Erfahrung in der Abfallentsorgung war, der sich bei der ursprünglichen Ausschreibung nicht beworben hatte, bei dessen Antragsbegutachtung ein Sachverständiger seine Befangenheit erklärt hat und dem offenbar bis heute die rechtliche Voraussetzung für einen Versuchsbetrieb der geförderten Anlage – unter Angabe der beteiligten Stellen in der Bundesregierung, der Benennung des Projektträgers und der Verwendung der bisher ausgezahlten Fördermittel – fehlt, einen Förderbescheid von über 1 Mio. Euro erteilt hat, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus diesem Fall, bei dem eine Ressortforschungseinrichtung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie als Verbundkoordinator in die Umsetzung des Vorhabens eingeschaltet ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

28. Abgeordnete
Ute Koczy
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

In welchen Fällen trifft es zu, dass den Mitarbeitenden der ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH vorgeschrieben wird, auf ihren Reisen von Bonn nach Berlin das Flugzeug zu benutzen, und falls ja, wie vereinbart die Bundesregierung eine solche Anweisung mit ihren postulierten Zielen nachhaltiger Mobilität?

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und
des Bundeskanzleramtes**

29. Abgeordneter
**Andrej
Hunko**
(DIE LINKE.)
- Welche weiteren Details kann die Bundesregierung zur Beteiligung des Bundesnachrichtendienstes an Bombenanschlägen auf Strommasten in Luxemburg mitteilen, was laut eines deutschen Zeugen im Rahmen einer eidesstattlichen Versicherung für einen gegenwärtig in Luxemburg stattfindenden Prozess gegen zwei Polizeibeamte erklärt wird und demnach über seinen Vater, den mittlerweile verstorbenen J. K. K. im Auftrag einer geheimen „Gladio/Stay-behind“-Truppe der NATO vorbereitet wurde (junge Welt, 13. April 2013, TELEPOLIS, 9. April 2013), und welche eigenen Anstrengungen hat die Bundesregierung in den letzten 20 Jahren unternommen, um die Beteiligung ihrer Behörden an weiteren Tätigkeiten der besagten „Gladio/Stay-behind“-Truppe der NATO auszuschließen oder zu bestätigen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Technologie**

30. Abgeordnete
**Ute
Koczy**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern unterstützt bzw. plant die Bundesregierung selbst bzw. über die bundeseigene Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH oder die KfW Bankengruppe bzw. deren Tochter, die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), eine Unterstützung der Firmen Clean Carbon Industries und/oder der deutschen Firma Geotec bei deren Tätigkeit im Rahmen einer Kohleverflüssigungsanlage in Tete/Mosambik (Unterstützungsmaßnahmen bitte auflisten), und liegen dem Interministeriellen Ausschuss des Bundes dementsprechende Anfragen, Voranfragen oder Anträge für Instrumente der Außenwirtschaftsförderung vor (bitte auflisten nach Projekten inkl. Volumen)?
31. Abgeordneter
**Frank
Schwabe**
(SPD)
- Wird die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag in dieser Legislaturperiode ein Gesetz zur Regelung der unkonventionellen Förderung von Erdgas (Fracking) vorlegen?*

* Siehe hierzu auch Frage 7.

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

32. Abgeordneter
Niema
Movassat
(DIE LINKE.)
- Aufgrund welcher Verdachtsmomente, Abwägungen und Informationslage ist die Bundesregierung zu dem Schluss gekommen, dem malischen Oppositionspolitiker Dr. Oumar Mariko, mit dem auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Bundestagsfraktion DIE LINKE. und der Abgeordneten des Europäischen Parlaments Gabi Zimmer für den Vorstand der GUE/NGL-Fraktion im Europaparlament in Straßburg und im Deutschen Bundestag in Berlin Gespräche vom 16. bis 19. April 2013 geführt werden sollten, nicht nur ein Schengen-Visum, sondern auch ein sog. VTG-Visum für Deutschland zu verweigern, mit der Begründung, er würde „eine Gefahr für die öffentliche Ordnung, die nationale Sicherheit oder die öffentliche Gesundheit im Sinne von Artikel 2 Absatz 9 der Verordnung (EG) oder für die internationalen Beziehungen eines oder mehrerer Mitgliedstaaten darstellen (Nr. 562/2006 Schengen Grenzkodex)“ und seine „Bereitschaft, das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten vor Ablauf des Visums zu verlassen, [hätte] nicht sichergestellt werden“ können, und welche EU-Mitgliedstaaten haben sich gegen eine Schengen-Visumerteilung für Dr. Oumar Mariko und Aminata Traoré ausgesprochen (bitte mit Begründung)?
33. Abgeordneter
Niema
Movassat
(DIE LINKE.)
- Wie verhält sich die Bundesregierung zu dem Vorwurf, dass sie mit ihrer Ablehnung, dem malischen Oppositionspolitiker Dr. Oumar Mariko ein VTG-Visum für Deutschland zu erteilen, direkte Gespräche und den außenpolitischen Austausch zwischen Bundestagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE. und einem wichtigen Oppositionspolitiker in Mali bewusst verhindere und damit die parlamentarische Arbeit behindere (siehe taz.die tageszeitung, 15. April 2013, „Kritiker Frankreichs ausgesperrt“ und junge Welt, 19. April 2013, „Kein Dialog mit Kriegsgegnern“), obwohl der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Guido Westerwelle, selber häufig die Notwendigkeit von Dialog, Austausch und Gesprächen betont und im Deutschen Bundestag versprach: „Langfristig – da sind sich die afrikanischen Staaten, die Regierung Malis, aber auch unsere französischen Freunde und wir Deutsche einig – kann es nur eine politische Lösung geben“ (siehe Pressemitteilung des Auswärtigen Amts vom 28. Januar 2013)?

34. Abgeordnete
Viola von Cramon-Taubadel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der am 12. April 2013 vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) verkündeten Beendigung von Gefangenenbesuchen in Usbekistan (Pressemitteilung des IKRK Nr. 13/64 vom 12. April 2013) für die Fortsetzung des EU-Rechtsstaatsdialogs, und wird sie die entsprechende Arbeit der GIZ und der Deutschen Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e. V. (IRZ-Stiftung) zur Förderung der Strafrechtsreform, zu deren Komponenten auch die Bereiche Strafvollzug, Haftbedingungen und Untersuchungshaft gehören, einfrieren, solange das IKRK an seiner Einschätzung festhält (vgl. taz.die tageszeitung vom 17. April 2013), dass Grundbedingungen für IKRK-Gefangenenbesuche (vor allem die Aussicht auf Verbesserung von Haftbedingungen) nicht gegeben sind?
35. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass das VN-Waffenhandelsabkommen noch in dieser Legislaturperiode ratifiziert wird?
36. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie steht die Bundesregierung zu den Vorschlägen von Frankreich, Malaysia, Liechtenstein, Spanien, Slowenien, Singapur und der Schweiz, dass die ständigen Mitglieder des VN-Sicherheitsrates (vgl. u. a. Statements dieser Staaten bei einem Sicherheitstreffen am 26. November 2012) in Situationen, in denen Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ethnische Säuberungen begangen werden, von einer Einlegung eines Vetos absehen sollten?
37. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Wie viele Angehörige der Bundeswehr und der Polizeien des Bundes und der Länder haben sich seit Anfang des Jahres 2013 – etwa im Rahmen der EU-Missionen Atalanta und EUCAP Nestor oder der bilateralen Ausbildungs- und Ausstattungshilfe für die lokalen Sicherheitskräfte (bitte mit Angabe, wo und für welchen Zeitraum) in Dschibuti aufgehalten –, und von welcher Gefährdungslage für diese geht die Bundesregierung angesichts der Unruhen infolge umstrittener Wahlen im Februar 2013 und der vom Auswärtigen Amt durch die „exponierte Lage Dschibutis am Horn von Afrika, die Entsendung eines dschibutischen Kontingents zu den Kräften der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) und die starke westliche Truppenprä-

senz in Dschibuti selbst“ (Reise- und Sicherheitshinweise des Auswärtigen Amtes) begründeten Möglichkeit terroristischer Anschläge aus?

38. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Haben die Bundesregierung und die ihr unterstellten Militär- und Sicherheitsbehörden nach der unzureichenden Antwort auf meine Schriftliche Frage 9 auf Bundestagsdrucksache 17/12582 zum Thema nunmehr nach Auswertung aller zugänglichen Informationen insbesondere auch aus der Luftüberwachung durch Flugzeuge, Drohnen oder Satelliten Erkenntnisse zum Mohnanbau in Afghanistan, inwieweit inzwischen Anbaufläche und Produktionsmenge eine Größe erreicht haben, die höher ist als je zuvor seit Beginn des Krieges, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass damit auch die Bekämpfung des Anbaus von und Handels mit Opium und Heroin durch afghanische und ISAF-Sicherheitskräfte total gescheitert ist auch angesichts dessen, dass die Weltnachfrage nach diesen Drogen wieder zu mehr als 90 Prozent aus Afghanistan (SPIEGEL ONLINE vom 15. April 2013) gedeckt wird?
39. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem UN-Appell vom 16. April 2013 in der „The New York Times“, Syrien zu retten, in dem mehrere Vorsitzende von UN-Unterorganisationen an Regierungen appellieren, sich für eine politische Lösung einzusetzen, und wird die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel diesem Aufruf folgen?
40. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten politischen Initiativen für ein Ende der Gewalt in Syrien haben die Bundesregierung und die Bundeskanzlerin bei dem Treffen mit Katars Ministerpräsidenten Al-Thani am 16. April 2013 in Berlin besprochen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

41. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele afghanische Ortskräfte, die für die Bundeswehr oder deutsche Organisationen in Afghanistan arbeiten, haben seit 2002 einen Asylantrag in Deutschland gestellt, und wie wurden diese jeweils beschieden (bei Ablehnung bitte jeweils begründen)?

42. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welche Vorgänge bezog sich die Aussage des Bundesministers des Innern in der Sitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages vom 13. März 2013, einige Länder hätten zunächst (durch ihre Innenminister bzw. -senatoren oder auf Abteilungsleiterebene) schriftliche Einzelerklärungen über die Quellenfreiheit der Belege in der Materialsammlung für ein mögliches NPD-Verbotsverfahren abgegeben und diese seien danach in einigen Fällen wieder zurückgezogen worden, und aus welchen tatsächlichen Gründen wurde dieser Prozess des Einsammelns schriftlicher Einzelerklärungen über die Quellenfreiheit der Belege in der Materialsammlung für ein mögliches NPD-Verbotsverfahren nicht weitergeführt (vgl. auch meine Mündliche Frage 45 auf Bundestagsdrucksache 17/12763) und durch den Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder vom 5. Dezember 2012 substituiert?
43. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welche Schiedsverfahren ist der Bund derzeit verwickelt, und welche Juristen vertreten den Bund in den jeweiligen Verfahren?
44. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe liegen die jeweils vereinbarten Bonuszahlungen in den Verfahren nach aktuellem Stand, und in welcher Höhe sind Bonuszahlungen bis zum Abschluss des jeweiligen Verfahrens absehbar?
45. Abgeordneter
Lars Klingbeil
(SPD)
- Sind die in den Medienberichten zitierten (und online abrufbaren) Protokolle zum „Erfahrungsaustausch IFG“ (vgl. hierzu www.zeit.de/digital/internet/2013-04/ifg-informationsfreiheit-protokolle) mit der Hausleitung des Bundesministeriums des Innern abgestimmt, und entsprechen die darin vertretenen Positionen denen der politischen Leitung des Hauses?
46. Abgeordneter
Lars Klingbeil
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass die Protokolle einzig die Schlussfolgerung zulassen, dass der Erfahrungsaustausch dem Ziel dient, Begründungen zu finden, entsprechende IFG-Anfragen (IFG = Informationsfreiheitsgesetz) abzulehnen, und entspricht dies auch den Vorgaben des Bundesministeriums des Innern bzw. der Bundesregierung?

47. Abgeordnete
Brigitte Zypries
(SPD)
- Wie begründet es die Bundesregierung, dass auf das Verwaltungsverfahrensgesetz gestützte Akteneinsichtsanträge von Rechtsanwälten ohne Hinweis auf das ersichtlich einschlägige IFG abgelehnt werden sollen, obwohl nach der Rechtsprechung (vgl. z. B. Beschluss des Verwaltungsgerichts Göttingen vom 6. Dezember 2006, 3 A 367/06) die Behörden verpflichtet sind, von sich aus alle in Betracht kommenden Anspruchsgrundlagen für eine Akteneinsicht zu prüfen?
48. Abgeordnete
Brigitte Zypries
(SPD)
- Gibt es Bundesministerien, die bei Anträgen auf Akteneinsicht standardmäßig eine Empfangsbestätigung mit folgendem Satz versenden: „Anfragen können bis zu 500 Euro kosten“, und wenn ja, inwieweit sieht die Bundesregierung dies als vereinbar an mit dem Recht auf Informationsfreiheit und den Vorgaben des IFG des Bundes?
49. Abgeordneter
Gerold Reichenbach
(SPD)
- Warum tun sich die Bundesbehörden mit der Informationsfreiheit, insbesondere vor dem Hintergrund, dass das IFG nun bereits seit über sieben Jahren in Kraft ist und auch die Bundesregierung die gesellschaftliche Bedeutung von Transparenz in Staat und Politik immer wieder betont, so schwer (Quelle: www.zeit.de/digital/internet/2013-04/ifg-informationsfreiheit-protokolle), und wie will die Bundesregierung dieser Verweigerungshaltung begegnen?
50. Abgeordneter
Gerold Reichenbach
(SPD)
- Welche Anstrengungen und Maßnahmen hat die Bundesregierung unternommen und ergriffen, um den gesellschaftlichen Kulturwandel von der beschränkten Aktenöffentlichkeit hin zu einer wirksamen Informationsfreiheit zu unterstützen, und wie erklärt sich die Bundesregierung, dass sich Behörden offensichtlich mit Informationsfreiheit sehr schwer tun?
51. Abgeordneter
Michael Hartmann
(**Wackernheim**)
(SPD)
- Treffen die Aussagen (vgl. www.zeit.de/digital/internet/2013-04/ifg-informationsfreiheit-protokolle) zu, dass die Bundesregierung IFG-Anfragen von Journalistinnen und Journalisten besonders kritisch gegenübersteht, und sollte die Bundesregierung diese Frage verneinen, wie bewertet die Bundesregierung dann die Tatsache, dass in den Medien verstärkt entsprechende Berichte auftauchen?

52. Abgeordneter
Michael Hartmann
(**Wackernheim**)
(SPD)
- Ist es richtig, dass – wie die Protokolle es nahelegen – IFG-Anfragen von Journalisten nachrangig behandelt und vor allem dahingehend geprüft werden, mit welcher Ausnahmeregelung diese abgelehnt werden können, und was ist die Begründung für dieses Vorgehen?
53. Abgeordnete
Kirsten Lühmann
(SPD)
- Erwägt die Bundesregierung, die Vorschriften über das ordnungsgemäße Führen von Akten um eine Paginierungspflicht zu erweitern, um beispielsweise zu verhindern, dass Dokumente aus einer Akte entfernt werden und dies bei der Akteneinsicht nicht auffällt?
54. Abgeordnete
Kirsten Lühmann
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Manipulationen von Akten bei IFG-Anträgen, beispielsweise die Anlegung von unzulässigen Parallelakten, wie sie die Protokolle zum „Erfahrungsaustausch IFG“ (vgl. www.zeit.de/digital/internet/2013-04/ifg-informationsfreiheit-protokolle) offensichtlich nahelegen oder aber die Zurückhaltung von Aktenbeständen, bekannt, und erwägt die Bundesregierung, einen wirksameren Sanktionsmechanismus gegen die Manipulationen von Akten, insbesondere bei IFG-Anträgen, einzuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

55. Abgeordneter
Dr. Tobias Lindner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung den angekündigten Gesetzentwurf zur Begrenzung von Managergehältern vorlegen, und durch welche gesetzlichen Regelungen möchte sie den exorbitanten Vergütungen von Führungskräften Einhalt gebieten?
56. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Entscheidung des UN-Antirassismus-Ausschusses vom 4. April 2013 (CERD/C/82/D/48/2010), wonach Deutschland im Falle Thilo Sarrazins seine Bevölkerung nicht ausreichend vor rassistischen Äußerungen geschützt habe, etwa in Bezug auf die Gesetzeslage, die Strafverfolgung, die Schulung der Richterschaft und von Strafverfolgungsbehörden, ein breiteres Verständnis von Rassismus etc., und inwieweit wird sich die Bundesregie-

zung mit den Bundesländern absprechen, um zu wirksamen Maßnahmen zu kommen, die in der Länderkompetenz liegen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

57. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist aus Sicht der Bundesregierung die Höhe der angesetzten Zahlungen im aktuellen Haushalt der Europäischen Union für das Jahr 2013 ausreichend, um alle bis Ende 2013 anfallenden Rechnungen bezahlen zu können, und falls nicht, was sind aus Sicht der Bundesregierung die Gründe dafür, dass die angesetzten Zahlungen nicht ausreichen?
58. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist aus Sicht der Bundesregierung sichergestellt, dass Programmen, die aus dem EU-Haushalt finanziert werden (wie ERASMUS, Europäischer Sozialfonds, Europäischer Fonds für regionale Entwicklung), im Jahr 2013 ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um alle Verpflichtungen erfüllen zu können, oder ist für die Finanzierung dieser Programme im Jahr 2013 ein Nachtragshaushalt notwendig?
59. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Befürwortet die Bundesregierung den durch Rheinland-Pfalz erfolgten Ankauf einer Steuerdaten-CD, und in welchem Umfang wird sich der Bund an den Kosten beteiligen?
60. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Welche gesetzlichen Maßnahmen plant die Bundesregierung, um für die Informationsübermittlung, zu der sich Deutschland in dem bereits paraphierten Abkommen zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei grenzüberschreitenden Sachverhalten von Deutschland und den USA verpflichtet, eine rechtliche Grundlage zu schaffen, und plant die Bundesregierung, mit anderen europäischen Staaten ähnliche Vereinbarungen abzuschließen?
61. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Aus welchem Grund wurde in die Zeile 17 der Anlage Kind für die Einkommensteuererklärung 2012 die Abfrage aufgenommen, ob das Kind einen freiwilligen Wehrdienst als Probezeit absolviert hat, und plant die Bundesregierung, für die Probezeit bei

Ableistung des freiwilligen Wehrdienstes entgegen der bisherigen gesetzlichen Regelung den Bezug von Kindergeld zu ermöglichen?

62. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Wann plant die Bundesregierung, den durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 28. Februar 2013 in der Rechtssache C-168/11 festgestellten Verstoß gegen das EU-Recht bei der Anrechnung ausländischer Steuern nach § 34c des Einkommensteuergesetzes zu beseitigen, und welche diesbezüglichen Lösungsmöglichkeiten sieht die Bundesregierung allgemein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

63. Abgeordnete
Anette Kramme
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung ungünstige Rückwirkungen der lohnpolitischen bzw. wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Koordinierung auf europäischer Ebene auf die Tarifautonomie und damit auf die Lohn- und Tariffindung durch die Sozialpartner, und wie begründet die Bundesregierung ihre Einschätzung?
64. Abgeordnete
Anette Kramme
(SPD)
- Was schlussfolgert die Bundesregierung aus der Feststellung des Bremer Institutes für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe e. V. (BIAJ), es handele sich bei der Einbeziehung von Ausgaben des Europäischen Sozialfonds (ESF) in die Erstattung (Jahre 2009 bis 2013) durch die Bundesagentur für Arbeit im Rahmen des Eingliederungsbeitrages um eine Art „ESF-Geldwäsche“, und wie begründet die Bundesregierung ihre Auffassung?
65. Abgeordneter
Arfst Wagner
(Schleswig)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um – auch im Hinblick auf die zum Jahresende geplante Einstellung des Bundesprogramms des Europäischen Sozialfonds zur arbeitsmarktliehen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt – zu gewährleisten, dass das für die kommende Förderperiode ab 2014 geplante ESF-Bundesprogramm zur „Weiterbildung von Migrantinnen und Migranten“ mit einem flüchtlingsspezifischen Beratungsangebot

ausgestattet ist und auch diejenigen Personen erreicht, die sich im Asylbewerberleistungsbezug befinden und keinen festen Aufenthaltsstatus besitzen?

66. Abgeordnete
**Ulla
Jelpke**
(DIE LINKE.)
- Welche aufenthaltsrechtlichen Anforderungen bzw. Ausschlusskriterien gibt es bei den bestehenden Arbeitsfördermaßnahmen des Europäischen Sozialfonds auf Bundes- und nach Kenntnis der Bundesregierung auf Landesebene, und inwieweit wird sich die Bundesregierung angesichts der geplanten Einstellung des Programms für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge (vgl. meine Mündliche Frage 27 in der Fragestunde vom 17. April 2013, Plenarprotokoll 17/233) für eine Öffnung aller bestehenden ESF-Programme für diesen Personenkreis einsetzen (bitte begründen)?
67. Abgeordnete
**Ulla
Jelpke**
(DIE LINKE.)
- Wie will die Bundesregierung in der verbliebenen Zeit der Legislaturperiode der Aufforderung des Bundesverfassungsgerichts noch nachkommen, „unverzüglich“ eine Neuregelung des Asylbewerberleistungsgesetzes vorzunehmen, und was genau sind die Gründe dafür, dass bislang kein Gesetzentwurf eingebracht worden ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

68. Abgeordnete
**Cornelia
Behm**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen für die Agrarstrukturpolitik zieht die Bundesregierung aus der von ihr in Auftrag gegebenen Studie des Thünen-Instituts, der zufolge der Einfluss von Kapitalanlegern in der ostdeutschen Landwirtschaft gewachsen ist und voraussichtlich weiter wachsen wird, und mit welchen Mitteln will sie den negativen Aspekten dieser Entwicklung, wie z. B. dem verstärkten Arbeitsplatzabbau und den Spezialisierungstendenzen, die dem Ziel zuwiderlaufen, Stoff- und Produktionskreisläufe zu schließen, begegnen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

69. Abgeordnete
Karin Evers-Meyer
(SPD) Plant die Bundesregierung einen Letter of Intent (LOI) oder ein ähnliches Dokument mit den Niederlanden für den Bereich „Ballistic Missile Defense“, und wenn ja, welchen Inhalt wird dieser LOI haben?
70. Abgeordnete
Karin Evers-Meyer
(SPD) Wie ist die zeitliche Planung bezüglich dieses Dokumentes?
71. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Planung haben Bundesregierung und Bundeswehr für den Einsatz deutscher Streitkräfte in Afghanistan für die Zeit nach Ende 2014, wenn bis dahin die Sicherheitslage in Afghanistan nicht gut ist oder wieder schlechter wird und die afghanischen Sicherheitskräfte nicht oder nicht mehr in der Lage sind, die Sicherheit der Bevölkerung ausreichend zu garantieren, und wie soll nach Auffassung der Bundesregierung die Beurteilung der Sicherheitslage in Afghanistan zum Jahreswechsel 2014/2015 und danach verbindlich vorgenommen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

72. Abgeordneter
Dr. Ernst Dieter Rossmann
(SPD) Auf welcher empirisch-wissenschaftlichen oder statistischen Grundlage hat die Bundesregierung über die Einführung des mit dem Betreuungsgeld verbundenen „Bildungssparbonus“ entschieden?
73. Abgeordneter
Dr. Ernst Dieter Rossmann
(SPD) Welche Summe stünde den Anspruchsberechtigten eines „Bildungssparbonus“ des Betreuungsgeldes bei voller Ausschöpfung am Ende zur Verfügung, und wie hoch wäre der staatliche Förderanteil an dieser Summe?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

74. Abgeordnete
Dr. Martina Bunge
(DIE LINKE.)
- Welche monatliche Beitragsschuld entsteht für einen freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Selbständigen monatlich (in Euro), wenn er der Zahlung der Beiträge nicht nachkommt, und welche Leistungen erhält er von der gesetzlichen Krankenkasse, wenn er der Kasse mehr als zwei Monatsbeiträge schuldet und keine Schuldenregulierung mit der Krankenkasse getroffen wurde?
75. Abgeordnete
Dr. Martina Bunge
(DIE LINKE.)
- Wie viel soll der von der Bundesregierung angedachte Notlagentarif in der privaten Krankenversicherung monatlich kosten, und welche Leistungen erhalten die Versicherten im Notlagentarif im Unterschied zu gesetzlich Versicherten mit einem Zahlungsrückstand von mehr als zwei Monatsbeiträgen?
76. Abgeordnete
Elisabeth Scharfenberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Reaktion des Bundesministeriums für Gesundheit auf die Kritik der Stiftung Warentest, dass für eine vollständige Absicherung im Pflegefall der „Pflege-Bahr“ (Pflege-Zusatzversicherung) mit einer ungeforderten Pflegetagegeldversicherung ergänzt werden sollte, nachdem der „Pflege-Bahr“ doch eigentlich gerade Menschen mit geringem Einkommen oder mit Vorerkrankungen, die keine zusätzliche ungeforderte Pflegetagegeldversicherung abschließen können, den Abschluss einer Pflege-Zusatzversicherung ermöglichen sollte, und warum sollten Menschen, die sich ungeforderte Pflegezusatzversicherungen leisten können, den in allen Belangen ungünstigeren „Pflege-Bahr“ abschließen?
77. Abgeordnete
Elisabeth Scharfenberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Hinweis der Stiftung Warentest, dass die Beiträge zum „Pflege-Bahr“, die ja auch bei Pflegebedürftigkeit weitergezahlt werden müssen, bei ungünstiger Beitragsentwicklung und fehlender Leistungsdynamisierung im Extremfall die im Pflegefall ausgezahlten Leistungen etwa in der Pflegestufe 0 oder 1, sogar übersteigen können, und gedenkt die Bundesregierung, als Konsequenz daraus, die Beitragszahlung im Pflegefall als Kriterium für die Gewährung der staatlichen Förderung abzuschaffen?

78. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum werden nicht, wenn die Bundesregierung die „Bürgerinnen und Bürger bei der ergänzenden privaten Vorsorge für den Fall der Pflegebedürftigkeit [...] unterstützen will“, wie das Bundesministerium für Gesundheit auf seiner Website schreibt, alle privaten Pflegezusatzversicherungen gefördert statt nur jene, die, wie Stiftung Warentest jetzt dargelegt hat, durch die Bedingungen, die sie förderwürdig machen, eher unattraktiv sind?
79. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Denkt die Bundesregierung angesichts der Tatsache, dass der „Pflege-Bahr“ doch eigentlich gerade Menschen mit geringem Einkommen zugute kommen sollte, die möglicherweise steigende Beiträge nicht bewältigen können, über eine Deckelung der Beitragssteigerung oder eine Ausweitung der Möglichkeit, den Vertrag ruhen zu lassen – auch für länger als drei Jahre und auch wenn nicht Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II bezogen wird – nach?
80. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die Einschätzungen von „Finanztest“, Heft 5/2013 im Artikel „Lieber ohne Förderung“, in dem es unter anderem heißt: „Die staatlich geförderte Vorsorge taugt aber wenig.“ und der sogenannte Pflege-Bahr als „Mogelpackung“ bezeichnet wird, und welche Schlussfolgerungen zieht sie aus dieser Analyse?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

81. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Welche Aktivitäten unternimmt die Bundesregierung zur Umsetzung der DIN 75078-2 (Rollstuhlrückhaltesysteme mit Kraftknoten) mit Blick auf die kritischen Anmerkungen aus dem Berliner Behindertenverband e. V. sowie vom Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Hubert Hüppe, auf dem „2. Forum Mobilität für Menschen mit Behinderung“ am 25./26. April 2013 (siehe Artikel „Mobilität und Sicherheit für Alle“ in der Berliner Behindertenzeitung vom April 2013, S. 6) zur Herstellung bzw. Umrüstung und Finanzierung entsprechender Rollstühle, die Ausrüstung und den Einsatz von Fahrzeugen für die Beförderung von Personen, die im Rollstuhl sitzend in einem Kraftfahrzeug befördert werden müssen sowie die Schaffung von Rechtssicherheit für alle

- Beteiligten, ohne die Teilhabe einzuschränken und diskriminierende Beförderungssituationen für die Betroffenen zu schaffen?
82. Abgeordnete
Bettina Herlitzius
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Anteil der „Ohnehin-Kosten“ im Rahmen der energetischen Gebäudesanierung, wie er in der Prognose-Studie „Ermittlung der Wachstumswirkung der KfW-Programme zum energieeffizienten Bauen und Sanieren“ ermittelt wurde?
83. Abgeordnete
Bettina Herlitzius
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche eigenen Erhebungen liegen der Bundesregierung zum Anteil der „Ohnehin-Kosten“ im Rahmen der energetischen Gebäudesanierung vor, und zu welchem Ergebnis kommen diese Erhebungen?
84. Abgeordneter
Gustav Herzog
(SPD)
- Wie viele Planfeststellungsverfahren sind derzeit im Bereich der Bundeswasserstraßen im laufenden Verfahren (bitte tabellarisch nach Verfahrensaufnahme und Status auflisten), und welche davon werden angefochten (bitte unter Angabe der Gründe)?
85. Abgeordneter
Gustav Herzog
(SPD)
- Kann die Bundesregierung definitiv ausschließen, dass die beabsichtigte Übertragung gesetzlich festgeschriebener Zuständigkeiten von den Wasser- und Schifffahrtsdirektionen auf die geplante Generaldirektion per Organisationserlass keine Rechtsunsicherheiten verursacht bzw. Anfechtungstatbestände für Planfeststellungsverfahren schafft, und wird die Bundesregierung eine Garantie geben, dass kein Planfeststellungsverfahren aufgrund von unklaren Zuständigkeiten gefährdet, angefochten oder verzögert werden kann?
86. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Auf welcher rechtlichen Grundlage können nach Kenntnis der Bundesregierung die im Dezember 2012 von der EU-Kommission genehmigten staatlichen Zuschüsse an die Flughafengesellschaft Berlin Brandenburg (FBB) in Höhe von 1,2 Mrd. Euro um weitere 800 Mio. Euro ohne erneutes Notifizierungsverfahren aufgestockt werden – wie dies am 9. April 2013 der „Berliner Morgenpost“ zu entnehmen war –, und welche den im Dezember 2012 positiv beschiedenen Antrag auf einen Gesellschafterzuschuss ergänzenden Angaben müssten ggf. gegenüber der EU-Kommission gemacht werden?

87. Abgeordneter
**Herbert
Behrens**
(DIE LINKE.)
- Auf welche Bereiche konzentriert sich die Bestandsaufnahme des Technikgeschäftsführers der FBB, Horst Amann, welche im Sommer dieses Jahres abgeschlossen werden soll (bitte einzeln nach Problemfeldern ausführen), und welche Empfehlung hat der Technikgeschäftsführer in Bezug auf eine vorzeitige Sanierung der Nordbahn des Flughafens BER auf der Aufsichtsratssitzung der FBB am 12. April 2013 abgegeben, sofern diese Thematik auf dieser Sitzung gegenständlich war (bitte auch die Begründung des Technikgeschäftsführers ausführen)?

